

Newsletter "EU-Finanzreform"

Ausgabe 17, 27. März 2013

Dieser Newsletter wird im [englischen Original](#) von SOMO und WEED herausgegeben. (Hier können Sie die Originalausgabe abonnieren). Diese deutsche Fassung weicht diesmal gegenüber der englischen ab.

Editorial

Die EU- und Euro-Krise ist wieder voll da: Zypern ist bankrott. Slowenien ebenfalls. In Bulgarien musste die Regierung zurücktreten, als die Proteste der Bürger gegen die Sparpolitik eine Staatskrise ausgelöst haben. Die Spreads für italienische Anleihen steigen wieder und die Rating-Agentur Fitch hat das Land erneut herabgestuft.

Gleichzeitig sagen die [offiziellen Prognosen der EU](#) für 2013 eine weitere Schrumpfung in der Eurozone vorher (-0,3%), während für die EU-27 fast Nullwachstum vorhergesagt wird (+0,1%). Die Zahlen für die USA sind 1,9 Prozent und für Japan 1,0 Prozent.

Eine einzige Katastrophe sind die Zahlen zur Arbeitslosigkeit. Die Prognose für die Euro-Zone rechnet 2013 mit einem historischen Höchststand von 12,2 Prozent. In der EU-27 sind es 11,15%, in den USA 7,6% und in Japan sogar nur 4,3%.

Diese Entwicklungen müssen zudem vor dem Hintergrund der ungelösten Bankenkrise Spaniens gesehen werden. Aber auch in anderen Ländern Europas ist der Finanzsektor noch fragil. Der IWF hat gerade einen [Bericht](#) veröffentlicht, in dem der Fonds seine Besorgnis über die Stabilität des EU-Bankensystems äußert. Darüber hinaus bringen die Sparprogramme keine positiven Ergebnisse. Die Staatsverschuldung wächst weiter und gleichzeitig nehmen Volksproteste massiv zu. Zum Beispiel nahmen mehr als eine Million Portugiesen unter dem Motto "Troika in die Hölle" am 2. März in Demonstrationen in 30 Städten teil. Das Land hat 10 Millionen Einwohner.

Aber es gibt auch Hoffnung: die Sparpolitik erlitt durch die Wahlen in Italien einen schweren Schlag. Monti, der dem neo-liberalen Kurs Berlins und der Troika aus IWF, Kommission und EZB folgte, wurde mit 10% der Stimmen marginalisiert.

Bersani, dessen sozialdemokratische Partei mit 29 Prozent Spitzenreiter wurde, kann nicht ohne die neue Bewegung *Cinque Stelle* und deren charismatischem Führer Beppe Grillo regieren. Um die Bewegung oder zumindest Teile davon als Verbündete zu gewinnen, hat Bersani nun einen Plan mit dem Titel „*Raus aus dem Gefängnis der Austerität*“ gemacht. Er [verspricht](#), sich für eine „*Korrektur der europäischen Stabilitätspolitik*“ einzusetzen und den „*Teufelskreis von Austerität und Rezession*“ loszuwerden.

Inhaltsübersicht

1 – Editorial

2 – Murks und Marx - Eine widersprüchliche Bilanz des Managements der Zypernkrise

4 – Ein Grundübel der Globalisierung angepackt - Schärfere Vorgehen gegen Steuerhinterziehung im Entwurf der Kommission zur FTS

5 – Regulierung von Derivaten beinahe nicht auf Unternehmen angewendet

5 – Kalender

Diese Bewegung ist ein interessantes Phänomen. Sie erreichte auf Anhieb 25% der Stimmen. Dies ist einzigartig in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie. Obwohl viele Medien und Politiker in Deutschland und anderen nördlichen EU-Mitgliedstaaten die Bewegung als "populistisch" zu diskreditieren versuchen, spiegelt sie eine tiefe Frustration über das wider, was Habermas *Fassadendemokratie* und Colin Crouch *Post Democracy* nennen. Diese Frustration existiert in den meisten Industrieländern. Aber die italienischen Bürger haben mit der Mafia, der Korruption im politischen System und Berlusconi's Dominanz über die traditionellen Massenmedien ein paar Gründe mehr, wütend zu sein. Die Basis der Bewegung ist politisch und sozial heterogen. Viele Jugendliche von 18-25 Jahren sowie 40% der Arbeitnehmer, 31% der freien Berufe und 42% der Arbeitslosen haben Grillo gewählt (Osservatore Elettorale LaPolis). *Cinque Stelle* ist eindeutig links von der Mitte.

Der französische Präsident war bisher zu schwach, um eine Alternative zum Krisenmanagement à la Merkel und Troika durchzusetzen. Italien könnte nun das Kräfteverhältnis zugunsten einer Alternative zu Merkel und Troika verschieben. Ein erster Indikator für eine solche Verlagerung könnten die Warnungen von Mario Monti bei seinem letzten Auftritt auf einem EU-Gipfel (14. / 15. März) gegen zu strenge Sparpolitik sein.

Aber da ist nicht nur Italien. In einem Referendum in der Schweiz hat sich eine starke Mehrheit für strikte Beschränkungen von Einnahmen von Top-Managern ausgesprochen. Der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit und Fairness ist wieder auf dem Vormarsch. Der Wind des Wandels beginnt zu wehen.

Der Europa-Thriller wird im Jahr 2013 fortgesetzt.

Murks und Marx

Eine widersprüchliche Bilanz des Managements der Zypernkrise

Von Peter Wahl, WEED

Mit dem Thriller um Zypern hat das Management der Euro-Krise eine neue Qualität erreicht. In keinem anderen Fall vorher war die Stümperhaftigkeit einer Entscheidung so offensichtlich wie bei der Finanzministertagung am 15. / 16. März. Zudem gibt das Zustandekommen des Rettungspakets einen tiefen Einblick in die informellen Hierarchien und Machtverhältnisse der EU. Allerdings gibt es auch begrüßenswerte Fortschritte, wie die Beteiligung von reichen Gläubigern, das Anpacken eines kasinoartigen „Geschäftsmodells“ und der Abschied vom Dogma, Banken immer retten zu müssen.

Das Krisenmanagement für Zypern hält einige allgemeine Einsichten über den Zustand der EU bereit, die über die Einzelheiten des „Rettungspakets“ hinausgehen. Die erste dieser Einsichten ist: sie können es nicht! Der erste Beschluss der Finanzminister vom 16. März war eine seltene Mischung aus fachlicher Inkompetenz, politischem Murks und sozialpolitischer Indifferenz.

Noch bevor der Protest gegen die Zwangsabgabe aller Kunden der zyprischen Banken begann, hatte die Kanzlerin den ursprünglichen Beschluss, der für die Kleinsparer eine Zwangsabgabe von 6,75% vorsah, gerechtfertigt. Auch der Direktor der EZB, Asmussen, verteidigte zunächst die Einbeziehung der zyprischen Sparer.

Als der Shitstorm dann losbrach, schob Wolfgang Schäuble in der Tagesschau am 17. März der EZB, der EU-Kommission und der zyprischen Regierung den Schwarzen Peter zu. Die seien es gewesen, die den Beschluss betrieben hätten. Die Beschuldigten dementierten prompt, und schließlich verständigte man sich auf die Sprachregelung, dass der zyprische Präsident die Alleinschuld trüge.

Aber die peinlichen Pannen in der Kommunikation sind nur Randerscheinungen gegenüber dem eigentlichen Skandal. Der besteht aus zweierlei:

- es gehört spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 1929 zum kleinen Einmaleins der Finanzpolitik, dass die Zwangsbeteiligung von einfachen Kontoinhabern und Kleinsparern der Supergau ist, da er zu einem Bankrun und damit zum Zusammenbruch des Bankensystem führt;

- die Indifferenz der Euro-Finanzminister und der Troika aus EZB, Kommission und IWF gegenüber der sozialen Dimension dieser Maßnahme. Es zeugt von einem Bewusstsein, besser: Klassenbewusstsein, das zur Lebenswirklichkeit der großen Mehrheit der Bevölkerung und zu sozialer Gerech-

tigkeit allenfalls ein instrumentelles und taktisches Verhältnis hat.

Da ist es letztlich egal, wer in dem Gremium die Teilenteignung der Kleinsparer durchgedrückt hat. Dass Schäuble, Lagarde, Draghi, Barroso et al. das überhaupt zugelassen haben, zeigt deren sozialpolitischen Standort.

Aber, bizarre Dialektik, das Zypernpaket enthält auch einige Elemente, die für die weitere Zukunft des Krisenmanagements wegweisend sein könnten. Vorausgesetzt die Kräfteverhältnisse verschieben sich so, dass sie auch in anderen Fällen zur Anwendung kommen. Insofern markiert Zypern eine Entwicklung, in der Teile der europäischen Funktionseliten unter dem Problemdruck der Krise sich möglicherweise in stärkerem Ausmaß vom neoliberalen Leitbild lösen, als das bisher der Fall war.

Reiche an Krisenlasten beteiligt – ein begrüßenswerter Präzedenzfall

Nachdem die Schröpfung der Kleinen zurückgenommen worden war, bleibt jetzt ein beträchtlicher Teil der Lasten bei den Eignern und Aktionären der Banken und bei reichen Einlegern hängen. Bei Abfassung dieses Textes war von einem Haircut in Höhe von ca. 40% die Rede. Einen solchen Ansatz hätte man sich von Anfang an in Griechenland, Irland und Portugal ebenfalls gewünscht. Das ist kein Murks, sondern dann doch eher fast schon in der Nähe von Marx.

Dass sich die Euro-Gruppe zu diesem Schnitt durchrang, hat natürlich sehr viel damit zu tun, dass Zypern stark von russischen Oligarchen und reichen Russen genutzt wird. Es gibt den nicht unbegründeten Verdacht, dass das Finanzsystem Zyperns auch eine Geldwaschanlage ist. 10.000 Russen haben eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Ab einem bestimmten Investitionsumfang kann ein Russe einen zyprischen EU-Pass bekommen. Der größte Investor der größten Bank des Landes, die Bank of Cyprus, ist der russische Milliardär Dimitri Rybolowlew. Zypern ist zugleich der zweitgrößte europäische Investor in Russland. Dabei handelt es sich aber um re-investiertes Geld, dass Russen zuvor auf die Insel geschafft hatten.

Die russischen Investitionen in Zypern werden auf 26 Mrd. Euro geschätzt, während das zyprische BIP bei 18 Mrd. Euro liegt. Bereits 2011 hatte Russland Zypern einen 2,5 Mrd. Euro Notkredit gewährt und erwägt nun eine Umschuldungsaktion. Russland tut so etwas nicht aus philanthropischen Motiven, sondern weil es um eigene Interessen geht.

Die Kombination des bail-in reicher Einleger mit Russenmobbing ist sicher ambivalent, aber es kann als Präzedenzfall gelten, zukünftig auch Hedge Fonds, Goldman Sachs, BNP Paribas und die Deutsche Bank auf ähnliche Weise zu behandeln.

Zyperns Akkumulationsmodell ist nicht nachhaltig

Auch ein zweiter Effekt des Zypernpakets kann als Fortschritt gewertet werden: die Schrumpfung des zypriotischen Bankensektors, die Unterbindung von Geldwäsche und der Versuch, die Steueroase trocken zu legen.

Der Bankensektor des Landes war mit Einlagen, die 14 mal höher sind als das BIP, völlig überdimensioniert, und die Abhängigkeit des Landes vom Finanzsektor und zweifelhaften Praktiken ist nicht haltbar. Das Akkumulationsmodell der zypri-schen Volkswirtschaft war nicht zukunftsfähig.

Insofern ist es ein Schritt in die richtige Richtung, wenn das Rettungspaket jetzt zu entsprechenden Änderungen führt. Allerdings ist die Kehrseite, dass dies schockartig durchgezogen wird, ohne gleichzeitig gangbare Alternativen für das Land zu schaffen. Die Wirtschaft wird in eine lange Rezession gezwungen, deren Folgen vor allem die sozial schwächeren Sektoren der Bevölkerung treffen wird.

Hinzu kommt, dass Zypern nicht das einzige Land mit einem überdimensionierten Finanzsektor und dubiosen Geschäftsmodellen ist. Ähnliches gilt für Luxemburg und Malta. In Luxemburg ist das Verhältnis zwischen Einlagen und BIP sogar noch weitaus krasser als in Zypern. Während bei der Mittelmeerinsel die **Bankeneinlagen** 263% des BIP ausmachen sind es bei Luxemburg 518%. Dort müsste ebenfalls ein drastisches Schrumpfen des Finanzsektors eingeleitet werden, allerdings nicht per Roskur wie jetzt in Zypern, sondern als langfristig geplanter und gesteuerter Prozess der Strukturveränderung.

Mehr noch: auch für die größeren Volkswirtschaften besteht das Problem. So beträgt bei den Niederlanden die Quote Einlagen/BIP immerhin 151% und bei Spanien 145%.

Wenn hier der Bankensektor in eine Schieflage gerät, ist das für die betreffende Volkswirtschaft nicht zu verkraften. Daher ist die Frage der Überdimensionierung im Bankensektor nicht auf kleine Steuerparadiese beschränkt. Der Finanzsektor muss überall gesundgeschrumpft werden.

Abschied von einem Dogma

Als die Bush-Administration Lehman Brothers Pleite gehen ließ, löste das weltweit eine Schockwelle aus. Seither haben es Regierungen nicht mehr gewagt, eine größere Bank Pleite gehen zu lassen. Nun hat man den Bankrott der zweitgrößten Bank Zyperns zugelassen. Die Einlagen der Laiki-Bank bis 100.000 Euro pro Kunde gehen an die Bank of Cyprus, der Rest wird in eine Bad Bank ausgelagert. Der Großteil dieser Gelder, wenn nicht gar alles, wird verloren sein.

Damit hat die Euro-Gruppe einen weiteren interessanten Präzedenzfall geschaffen: Banken werden nicht mehr automatisch gerettet, und es wird

dafür gesorgt, dass Einlagen bis 100.000 Euro garantiert sind, auch wenn letzteres erst nach heftigen Protesten zustande kam.

Die Garantie der 100.000 Euro entspricht der Einlagensicherung, wie sie in Deutschland existiert, und wie sie im Rahmen der Debatte um eine Bankenunion für die gesamte Euro-Zone im Gespräch ist. Das ist ein Bruch mit dem bisher praktizierten Prinzip, dass Gewinne privat bleiben, Verluste aber sozialisiert werden.

Allerdings funktioniert diese Strategie nur, wenn die Vernetzung eines Instituts mit dem Finanzsystem nicht zu eng und komplex ist. Aber diese „Interconnectedness“ ist keine unabänderliche Größe. Im Falle der Laiki-Bank hat man den Verkauf von deren griechischen Filialen erzwungen und so die Ansteckungsgefahr für Griechenland reduziert. Wenn der politische Wille vorhanden ist, kann man viele Dinge tun. Plötzlich gibt es Alternativen in dem sonst angeblich so alternativlosen Krisenmanagement.

Auf die übrige Euro-Zone übertragen, könnte das bedeuten, dass Banken, die too big to fail sind, so verkleinert werden, dass sie Bankrott gehen können, ohne alles mit sich in den Abgrund zu reißen.

Governance, oder wer das Sagen hat

Der maltesische Finanzminister Scicluna ist neu im Amt und die Zypernkrise war sein erstes großes Erlebnis in der europäischen Politik. Er hat darüber einen Artikel veröffentlicht, mit dem vielsagenden Titel **„Eine Lektion für's Leben“**. In diesem Artikel plaudert er ein wenig aus der Schule, d.h. aus den Internas der jüngsten Euro-Finanzministerverhandlungen. Scicluna ist ein Neoliberaler und in der Sache sympathisiert er mit der deutschen Position. Wie aber das Ergebnis zustande kam beschreibt er so: „All dem gab der zyprische Vertreter seine ‚Zustimmung‘. Mit einer Pistole am Kopf war er ungewöhnlich kooperativ. Aber es dauerte ungefähr zehn lange Stunden, ehe Körper und Geist des zyprischen Ministers so erschöpft waren, dass er der Vereinbarung zustimmte. Sobald dies geschehen war, forderte Schäuble, dass alle elektronischen Überweisungen der zyprischen Banken ab sofort eingestellt werden müssten.“

Die Episode bestätigt, was man – auch ohne dabei gewesen zu sein – aus den Ergebnissen des Krisenmanagements ablesen kann. Die Deutschen dominieren im Verein mit der EZB und dem IWF den Prozess. Bereits die Brüsseler Spitzenfunktionäre Barroso und Van Rompuy sind nur noch zweitrangig. Frankreich macht gute Mine zum bösen Spiel und die anderen halten sich zurück, solange ihre eigenen Interessen nicht tangiert sind. Da passt es dann genau ins Bild, wenn der luxemburgische Außenminister beklagt: **„Das ist ein Hegemoniestreben, das falsch und uneuropäisch ist.“**

Ein Leitartikel in der Süddeutschen Zeitung bringt die Lage auf den Punkt: „Die Euro-Zone ist längst keine Bruderschaft zur Mehrung des Wohlstandes

und der wechselseitigen Stabilität mehr. Sie hat sich in eine Gladiatoren-Schule verwandelt, in der am Ende jeder um seinen Vorteil und sein Überleben kämpft.“ (Süddeutsche Zeitung, 26.3.2013 S. 4)

Dem wäre lediglich hinzuzufügen, dass all dies kein Zufall ist. Der Wettbewerb ist seit Maastricht und der Etablierung des Binnenmarkts als grundlegendes Movens in die Verfasstheit der EU eingegangen. Die Standortkonkurrenz zwischen den nationalen Volkswirtschaften ist in Hunderten von harten Gesetzen und Regeln verankert und sanktionsbewehrt. Sie wird vom europäischen Gerichtshof konsequent durchgesetzt. Wie soll man von einer solchen Konstruktion erwarten, dass sie im Krisenfall Uneigennützigkeit und Solidarität hervorbringt?

Ein Grundübel der Globalisierung angepackt

Schärferes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung im Entwurf der Kommission zur Finanztransaktionssteuer

Von Peter Wahl, WEED

Der neue Entwurf der EU-Kommission zur Finanztransaktionssteuer (FTS) hat eine zusätzliche Maßnahme gegen Steuerflucht präsentiert: das sogenannte Ausgabeprinzip. Es ermöglicht, Transaktionen auch außerhalb des geografischen Geltungsbereichs von an der FTS teilnehmenden Ländern zu besteuern. Die Bedeutung dieses Vorschlags geht weit über die Finanztransaktionssteuer als solche hinaus. Er packt eines der Grundübel der Globalisierung an: die Asymmetrie zwischen transnational operierendem Kapital und politischer Regulierung.

Das war eine angenehme Überraschung, als die EU-Kommission ihren neuen Entwurf für die Finanztransaktionssteuer im vergangenen Februar vorlegte. Sie hat nicht nur die positiven Elemente der Version für die EU-27 von September 2011 beibehalten, sondern führt darüber hinaus das sogenannte Ausgabeprinzip gegen Steuerflucht ein.

Ausgabeprinzip bedeutet, alle Vermögenswerte – Aktien, Anleihen, Derivate – die in einem an der FTS teilnehmenden Land emittiert werden, zu versteuern – auch wenn sie außerhalb der teilnehmenden Länder gehandelt werden. Wenn zum Beispiel ein Wall-Street-Broker den Kauf einer Aktie von Volkswagen oder den Verkauf eines Derivats von BNP Paribas zwischen einem japanischen und einem australischen Hedge Fond vermittelt, ist die Steuer fällig. Beide Seiten, Verkäufer und Käufer, müssen zahlen, obwohl sie nicht

Bürger oder Unternehmen eines Landes sind, das an der FTS teilnimmt.

Dieser Vorschlag reduziert drastisch die Möglichkeiten zur Steuerumgehung und geht weit über die Bedeutung der FTS als solche hinaus. Er packt letztendlich das Grundübel der Globalisierung an: hochmobiles Kapital kann ein Land per Mausclick verlassen und sich damit dem regulatorischen Zugriff und der Besteuerung entziehen. Kapital kann sich ohne Einschränkungen transnational bewegen während Regulierung an den Nationalstaat und damit an die nationalstaatlichen Grenzen gebunden ist. Die Liberalisierung hat zu einer fundamentalen Asymmetrie zwischen dem Finanzsektor und der Fähigkeit der Regierungen, ihn zu kontrollieren, geführt. Mit dem Ausgabeprinzip präsentiert der Kommissionsentwurf nun ein Instrument, das zur Reduzierung dieser Asymmetrie und zu mehr Kontrolle über den Finanzsektor beitragen kann.

Der Vorschlag ist ein Coup gegen eines der Standardargumente von scheinheiligen Regulierungsgegnern: ja, Regulierung sei erforderlich, aber unter den Bedingungen der Globalisierung nur dann wirksam, wenn alle Länder teilnehmen. Der Entwurf stellt klar: Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Finanzindustrie und ihr nahestehende Regierungen kräftig gegen den Entwurf der Kommission mobilisieren. In der Sitzung der Ratsarbeitsgruppe am 21. Februar hat das Großherzogtum Luxemburg – ein Steuer-Paradies mit einer Bevölkerung in der Größenordnung von Duisburg – gedroht, den europäischen Gerichtshof anzurufen, wenn der Vorschlag angenommen werden würde. Er stehe im Widerspruch zu den europäischen Verträgen, und das Ausgabeprinzip würde sogar gegen internationales Recht verstoßen. Auch Großbritannien drohte rechtliche Schritte an, wenn die Interessen der City (sprich der Londoner Finanzindustrie) tangiert würden. Schweden und die Tschechische Republik äußerten ebenfalls starke Bedenken.

Zur Erinnerung: die Finanztransaktionssteuer wird jetzt im Rahmen der sog. verstärkten Zusammenarbeit verhandelt, d.h. von einer Koalition der Willigen aus elf Mitgliedsstaaten. Die nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten können nicht abstimmen, aber sie können sich an den Verhandlungen beteiligen und ihre Meinung äußern.

Interessanterweise verwendet die britische Stamp Duty, die den Kauf von Aktien britischer Unternehmen überall auf der Welt besteuert, seit vielen Jahren ebenfalls das Ausgabeprinzip.

Man kann gespannt sein, ob das Ausgabeprinzip die Verhandlungen übersteht. Die Chancen sind besser als man vielleicht denkt. Denn in diesem Fall kann man sogar argumentieren, dass das Prinzip die Interessen der Finanzindustrie der teilnehmenden Länder schützt, da es eine Verlagerung von Geschäften sinnlos macht – und damit

wird die Wettbewerbsposition der Finanzplätze unter der FTS-Gesetzgebung geschützt.

Regulierung von Derivaten beinahe nicht auf Unternehmen angewendet

Von Markus Henn, WEED

Im August 2012 wurde die [Europäische Marktinfrastrukturverordnung \(EMIR\)](#) verabschiedet, um den außerbörslichen Handel mit Derivaten zu regulieren (siehe [Newsletter März 2012](#) und [Informationen der britischen Finanzaufsicht FSA](#)). Einige sogenannte „technische Standards“ zu Details sollten erst später umgesetzt werden.

Im März 2013 wurden nun endlich von der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) und der Kommission vorgeschlagene Standards verabschiedet. Allerdings gab es bis kurz vor Schluss Widerstand im Europäischen Parlament gegen einige wichtige Details. Eine Gruppe von konservativen und liberalen Abgeordneten versuchte, durch weitgehende Ausnahmen des [OTC-Handels](#) von Unternehmen außerhalb der Finanzwirtschaft, die Standards zu verwässern.

Ihr Vorschlag hätte bedeutet, dass Industrie- und Rohstoff-Konzerne einen [Freifahrtschein zum Spekulieren](#) gehabt hätten. Das wäre weit über ihren tatsächlichen Bedarf zur Risikoabsicherung ihrer Realgeschäfte hinausgegangen. Doch aufgrund des Widerstands von anderen Abgeordneten und Organisationen der Zivilgesellschaft scheiterte der Verwässerungsversuch in der Schlussabstimmung. Trotz dieses Sieges sind das Ausmaß und die Sicherheit der Spekulation mit OTC-Derivaten von Unternehmen im Rahmen der endgültigen EMIR noch etwas unklar.

Lebensmittelspekulation auf Sparflamme

Die andere wichtige Gesetzgebung zum Derivatehandel, die [Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente \(MiFID\)](#), stockt immer noch im Ministerrat, wie bereits in der [letzten Newsletter-Ausgabe](#) berichtet. Wegen anderer dringender Reformen wie zu [Eigenkapital \(CRD-4/CRR\)](#) und der Bankenunion, aber auch aufgrund verschiedener Konfliktpunkte zur MiFID wie dem Zugang zu Clearing-Häusern (Deutschland gegen Großbritannien bzw. Deutsche Börse gegen London Stock Exchange) sind die Verhandlungen in den letzten Monaten stehen geblieben. Eine allgemeine Einigung im Rat könnte vielleicht bis Mai 2013 gefunden werden. Es ist aber derzeit nicht zu erwarten, dass vor der zweiten Hälfte des Jahres eine komplette Einigung von den Finanzministern beschlossen wird. Die Trilog-Verhandlungen und der endgültige Text werden also nicht vor Herbst 2013 abgeschlossen sein.

Kalender

Für Hintergrundinformationen zur offiziellen Agenda europäischer Institutionen, siehe folgende links:

- Die [Europäische Kommission](#) (KOM)
- Der [Rat für Wirtschaft und Finanzen](#) (ECOFIN)
- Der [Ausschuss für Wirtschaft und Währung](#) (ECON) des Europäischen Parlaments

März 2013

- 20, ECON (Brüssel): Überlegung über einen Bericht eines Rohentwurfs über die Reform der EU-Banken-Struktur und Änderungen an der Bekämpfung der Steuerhinterziehung
- 20, KOM (Brüssel): Geplante Herausgabe der Grünbuch-Konsultation über eine langfristige Finanzierung der europäischen Wirtschaft und die Veröffentlichung der nächsten Schritte zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion
- 20, WTO (Genf): Ausschuss für den Handel mit Finanzdienstleistungen: Diskussion über Finanzreformen und allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) sowie WTO-Regeln
- 21, ECON (Brüssel): Abstimmung über UCITS V (Entlohnung & Depotfunktionen)
- 26, ECON (Brüssel): Tagung
- 27, ECOFIN Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (Brüssel): Zustimmung der endgültigen Fassung von [CRD-4](#) und [CRR](#)
- 26-30, Tunis (Weltsozialforum): Jahrestreffen
- ?, KOM (Brüssel): Vorschlag für einen europäischen Rahmen für Geldmarktfonds (Schattenbanken)

April

- 5, ECON: Frist für Änderungen am Entwurf des Berichts über die Reform der EU-Banken Struktur
- 11, ECON (Brüssel): Diskussion über [Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit bei der FTS](#)
- 12-13, ECOFIN (Dublin): Informelles Treffen der Finanzminister
- 17, EP (Straßburg): Geplante [Abstimmung im Plenum über CRD-4 und CRR](#)
- 18-19, G20 (Washington): Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten
- 19-21, IWF/Weltbank (Washington): Frühlingstreffen
- 23, ECON: Frist über Änderungen zur Umsetzung der [verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der FTS](#)
- 24-25, ECON (Brüssel): Tagung
- ?, ECON: Abstimmung über die Änderungsanträge des Bankenrisikomanagements: [Rettung und Abwicklung der Richtlinie](#)

Mai

- 7, ECON (Brüssel): Diskussion über Änderungen des Berichts der Reform der EU-Banken-Struktur
- 14, ECOFIN (Brüssel): Treffen der Finanzminister: geplante Entscheidung über allgemeinen Standpunkt zu **MiFID-II** und **MiFIR**
- 24, Europäischer Rat (Brüssel): Treffen der Staatschefs
- 27, ECON (Brüssel): Abstimmung über Informationen für Konsumenten über Investmentprodukte (Teil von **PRIPs**) und Diskussion über die **verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der FTS**
- 28, ECON (Brüssel): Abstimmung über Änderungen des Berichts der EU-Bankenstruktur-Reform und über den Bericht über Implementierung einer **verstärkten Kooperation im Bereich der FTS**

Juni

- 6, ECON (Brüssel): Treffen
- 6-7, G20 (St. Petersburg): Treffen der Finanzminister und stv. Zentralbankpräsidenten
- 11, EP (Straßburg): geplante Abstimmung im Plenum über **Richtlinie zu Marktmissbrauch** und Verordnung **zu Marktmissbrauch**
- 11, EBA (London): Frist der Rückmeldung zwecks **technischer Standards zur Bankenrettung**
- 14, ECON (Brüssel): Frist der öffentlichen Rückmeldung zwecks der **EU-Gesetzgebung über Finanzdienstleistungen**
- 17-18, ECON (Brüssel): Tagung
- 17-18, G 8 (Enniskillen, Nordirland): Gipfel unter dem Vorsitz Großbritanniens
- 21, ECOFIN (Luxemburg): Treffen der Finanzminister, vorher Eurogruppentreffen
- 24, ECON (Brüssel): Tagung
- 27-28, Europäischer Rat (Brüssel): zweitägiges Gipfeltreffen der Staatschefs

Juli

- 1, EP (Straßburg): Geplante Abstimmung im Plenum über UCITS V
- 2, EP (Straßburg): geplante Abstimmung im Plenum über Implementierung einer **verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der FTS**
- 2- 4, EP (Straßburg): Abstimmung im Plenum über Reform der EU-Banken-Struktur
- 1- 4 ?, EP (Straßburg): Geplante Abstimmung im Plenum über die Implementierung einer **verstärkten Kooperation im Bereich der FTS**

- 8-9, ECON (Brüssel): Tagung
- 18-19, G20 (Moskau): Gemeinsames Treffen der G20 Finanz- und Arbeitsminister
- 19- 20, G20 (Moskau): Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten
- ?, KOM (Brüssel): Vorschlag über Reform der EU-Bankenstruktur (folgt dem Liikanen-Bericht)

September

- 2-5, G20 (St. Petersburg): Treffen der stellvertretenden Finanzminister
- 5, ECON (Brüssel): Tagung
- 5-6, G20 (St. Petersburg): Gipfel der Leader unter Vorsitz von Russland
- 10, EP (Straßburg): Geplantes Datum zur Abstimmung im Plenum über die Bankenkrise, **Rettung und Abwicklung der Richtlinie**
- 16-17, ECON (Brüssel): Tagung
- 23-24, ECON (Brüssel): Tagung
- 30, ECON (Brüssel): Tagung

Oktober

- 8, EP (Straßburg): Erwartete **Abstimmung im Plenum über MiFID-Richtlinie**
- 10-11, G20 (Washington): Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten
- 11-13, IWF/Weltbank (Washington): Jährliches Treffen
- 14, ECON (Brüssel): Tagung
- 24-25, Europäischer Rat (Brüssel): Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs

November

- 4-5, ECON (Brüssel): Tagung
- 25-26, ECON (Brüssel): Tagung

Dezember

- 2, ECON (Brüssel): Tagung
- 5, ECON (Brüssel): Tagung
- 16-17, ECON (Brüssel): Tagung
- 19, Europäischer Rat (Brüssel): Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs

Herausgeber: Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin. Die englische Originalfassung wird gemeinsam mit der niederländischen Organisation SOMO herausgegeben.

Redaktion: Markus Henn, markus.henn@weed-online.org

Kontaktperson: Peter Wahl, Tel.: +49-(0)30-2758-2616, peter.wahl@weed-online.org

Dieser Newsletter ist finanziell gefördert von der Ford Foundation. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung von WEED und können nicht der Ford Foundation zugerechnet werden.



www.weed-online.org